

Leibfritz, Willi; Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang

Article

Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Leibfritz, Willi; Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang (2001) :
Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland, ifo Dresden berichtet, ISSN
0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 4, pp. 8-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169599>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland

Aktuelle Lage: Nach Rekordwachstum deutliche Abkühlung der Konjunktur

Die Weltwirtschaft, die europäische Wirtschaft und auch die deutsche Wirtschaft haben im vergangenen Jahr das höchste Wachstum seit vielen Jahren erzielt. Hinter diesem Wachstumsrekord für den Jahresdurchschnitt verbirgt sich aber eine deutliche Wachstumsverlangsamung im Verlauf des Jahres. Im ersten Halbjahr 2001 hat sich die Konjunktur weiter eingetrübt. Auslöser der weltweiten Konjunkturverlangsamung war zum einen die rapide Verteuerung des Erdöls und anderer Energieträger im Verlauf des letzten Jahres. Zum anderen hatten die Notenbanken in den USA und in Westeuropa zuvor die monetären Zügel gestrafft, um den Inflationsgefahren entgegenzuwirken. In Europa und in Deutschland wirkten überdies die Auswirkungen der Tierseuchen im ersten Halbjahr 2001 bremsend auf die Konjunkturentwicklung.

In den USA hatte der Boom im IT-Sektor bis Mitte 2000 die zyklische Verlangsamung überdeckt, die sich in anderen Bereichen bereits ab Herbst 1999 abzeichnete. Als die IT-Branche auf Überkapazitäten mit scharfen Produktionseinschnitten reagierte, verschärfte dies die kontraktiven Effekte, die von den gestiegenen Ölpreisen, den verschlechterten Fin-anzierungsbedingungen sowie der

Aufwertung des Dollar ausgingen. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich stark ab. Dies traf insbesondere die asiatischen Schwellenländer. Der Aufschwung in den Schwellenländern war wesentlich vom Export, insbesondere elektronischer Ausrüstungsgegenstände und Komponenten in die USA, getragen worden. Die japanische Konjunktur, die ohnehin labil war, wurde von der konjunkturellen Talfahrt in den Schwellenländern und in den USA ebenfalls stark belastet. Dagegen blieb die Konjunktur in Westeuropa zunächst noch vergleichsweise robust (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Allerdings schwächte sich auch hier das Wirtschaftswachstum ab. Auch in Deutschland hat sich die Konjunktur Mitte letzten Jahres stark abgekühlt, und zwar noch stärker als im Durchschnitt des Euroraums. Zwar wurde auch in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2000 mit 3 % ein Rekordwachstum erzielt, das höchste seit 1991. Das Wachstumstempo, das in der ersten Jahreshälfte 2000 noch 4 % betragen hatte (Veränderung gegenüber der Vorperiode auf Jahresrate hochgerechnet), schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte auf 2 % ab und in der ersten Jahreshälfte 2001 auf rund 1 %.

Maßgeblich für die Abkühlung der deutschen Konjunktur war einmal die Verlangsamung der Weltkonjunktur. Hinzu kam die starke Erhöhung der Importpreise durch die kumulative Wirkung von Ölpreisexplosion und Euro-Schwäche. Steigen in

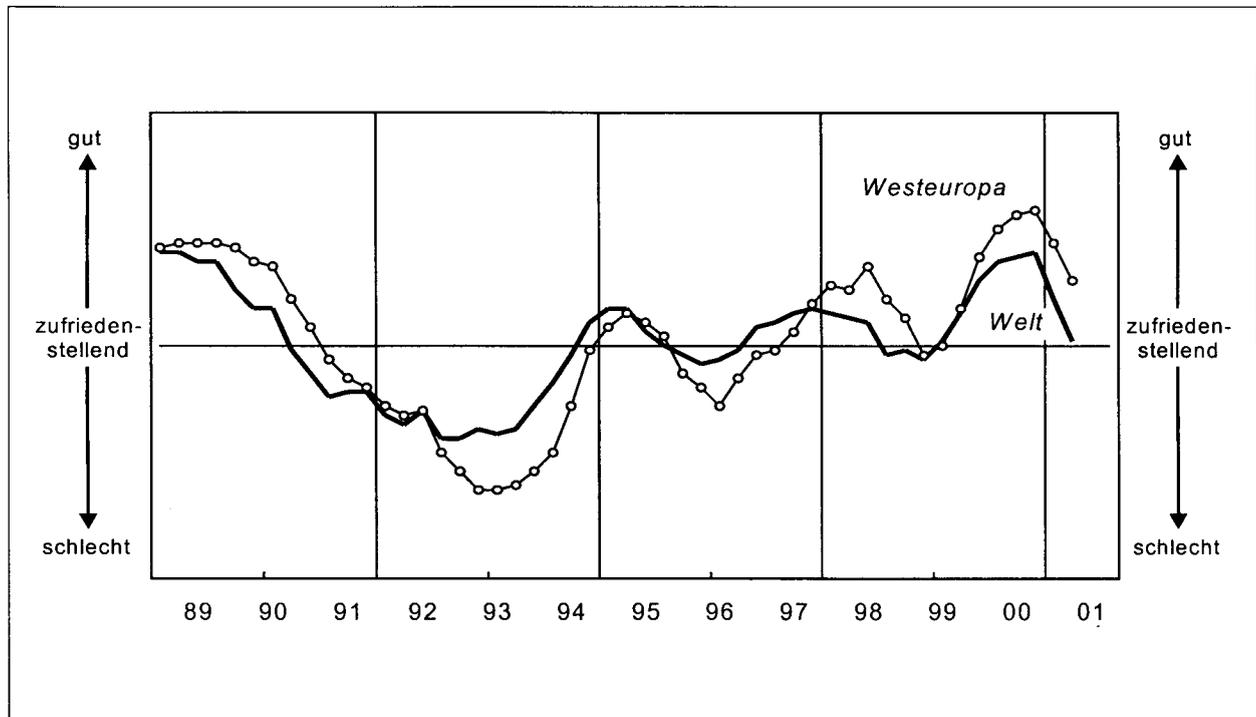
Tab. 1

Wirtschaftswachstum im Vergleich ¹⁾

	EU	Euroraum	USA	Japan
1. Quartal 2000	3,5	3,4	5,3	2,6
2. Quartal 2000	3,7	3,7	6,1	1,2
3. Quartal 2000	3,3	3,3	5,2	0,4
4. Quartal 2000	2,9	2,9	3,4	1,9
1. Quartal 2001	2,6	2,6	2,5	0,0
1) Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in %.				

Abb. 1

Welt und Westeuropa – Wirtschaftliche Lage – Beurteilung der gegenwärtigen Lage –



Quelle: Ifo Economic Survey International.

einer Volkswirtschaft die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise, verschlechtern sich also die Terms of Trade, dann senkt dies das Realeinkommen im Inland. Im letzten Jahr verteuerte sich die deutsche Einfuhr im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 %, die deutsche Ausfuhrpreise stiegen dagegen nur um 2,6 %. Der hieraus resultierende Realeinkommensverlust der deutschen Volkswirtschaft zugunsten des Auslands (und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder) betrug im abgelaufenen Jahr rund 60 Mrd. DM (31 Mrd. Euro) oder 1,6 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts. Im gesamten Euroraum belief sich die Verschlechterung der Terms of Trade auf 74 Mrd. Euro oder 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die höheren Energiepreise und die im Zusammenhang mit den Tierseuchen höheren Nahrungsmittelpreise führten im ersten Halbjahr 2001 zu einem deutlichen Schub bei den Verbraucherpreisen. Manche vermuten, dass auch die bevorstehende Umstellung

der Preise auf Euro vom Handel zu zusätzlichen Preisanhebungen genutzt wurde. Die Inflationsrate – gemessen an den Lebenshaltungskosten – erreichte im Mai mit 3,5 % den Höchststand und ging im Juni auf 3,1 % zurück (vgl. Tab. 2). Die Kerninflationsrate, die nach unserer Berechnung die Energiepreise, die Nahrungsmittelpreise und die administrierten Preise nicht enthält, stieg zwar ebenfalls an, blieb aber knapp unter 2 % (vgl. Abb. 2). Der Anstieg der Kerninflationsrate dürfte zumindest teilweise auf die Weiterwälzung der in den Vorprodukten enthaltenen höheren Energiekosten auf die Endproduktpreise zurückzuführen sein. Sieht man von den Sonderentwicklungen bei den Energiepreisen und den Nahrungsmittelpreisen ab, die u. E. temporärer Natur sind, dann ist eine Inflationsgefahr auf breiter Front nicht erkennbar. Wenn nämlich, wie sich in jüngster Zeit abzeichnet, der Preisschub bei den Energiepreisen und den Nahrungsmittelpreisen ausläuft, dann geht auch die Inflationsrate wieder zurück. Nach

unserer Prognose wird sich der Preisauftrieb in Deutschland und in den übrigen EWU-Mitgliedsstaaten im weiteren Verlauf des Jahres verlangsamten. Die von den Energie- und Nahrungsmittelpreisen ausgehenden Sondereinflüsse werden allmählich abklingen, die Lohnstückkosten steigen nur wenig und schließlich wirkt auch die langsamere konjunkturelle Gangart inflationsdämpfend. Wir unterstellen also nicht, dass die Preisumstellung auf Euro eine nachhaltige Erhöhung des Preisniveaus zur Folge hat. Im Jahresdurchschnitt dürften die Konsumentenpreise in Deutschland in diesem Jahr um 2 3/4% und 2002 um etwa 1 1/2% steigen. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Lohnpolitik moderat bleibt.

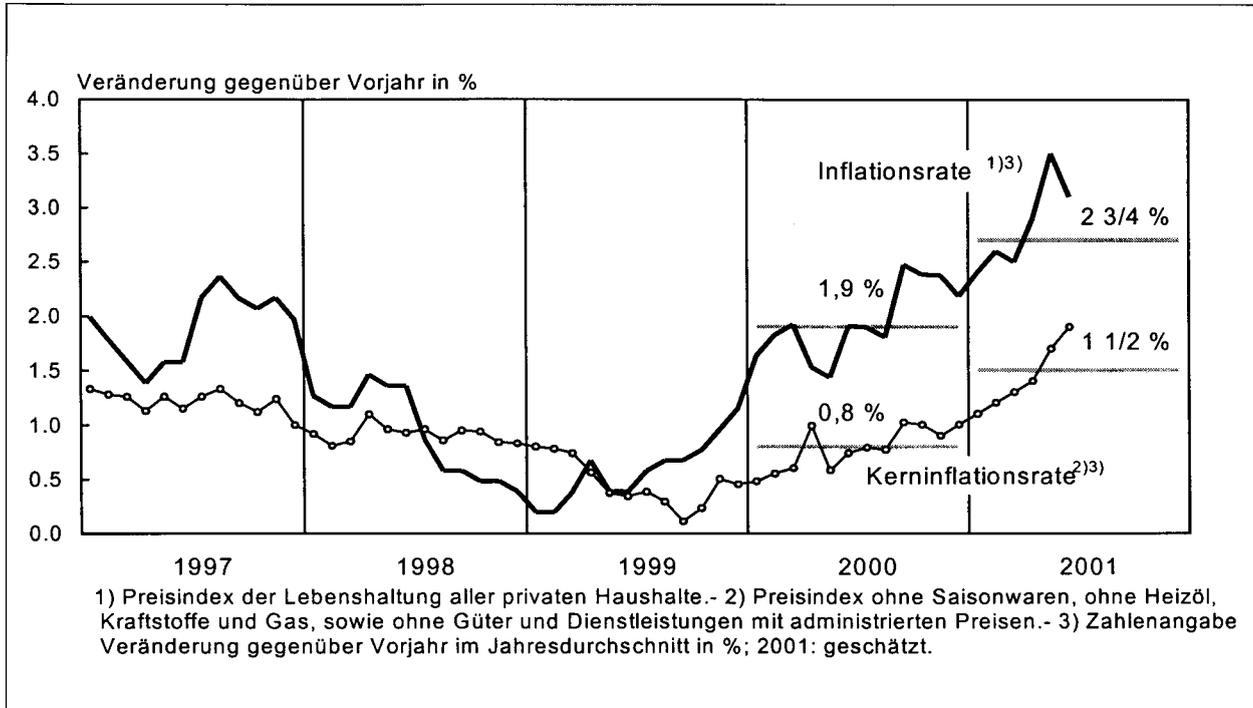
Der Preisschub führte zu einer deutlichen Abschwächung der Inlandsnachfrage. Diese hatte in der zweiten Jahreshälfte 2000 noch deutlich mit einer lfd. Jahresrate von 2,1% zugelegt; in der ersten Jahreshälfte 2001 ist sie leicht gesunken. Insofern ist es nicht überraschend, dass die reale Konsumgüternachfrage bisher so schwach geblieben ist. Der private Konsum ist im ersten Halbjahr 2001 – trotz der zu Jahresanfang 2001 in Kraft getretenen umfangreichen Steuerentlastungen – lediglich um 0,5% (lfd. Jahresrate) gestiegen. Hier machten sich im besonderen Maße die gestiegenen Verbraucherpreise bemerkbar, die Kaufkraft für andere Güter absorbierte. Damit wird zurzeit ein erheblicher Teil des durch die Steuersenkungen erhöhten

Tab. 2 Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001 1. Hj.
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Kerninflation^{b)}	729,32	0,9	0,5	0,8	1,4
Übrige Lebenshaltung	270,68	1,0	0,9	5,0	6,4
davon:					
Saisonwaren	27,12	2,2	-0,7	-0,5	6,3
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49,13	-5,6	6,4	22,9	11,5
Heizöl	5,87	-17,0	19,5	53,5	8,7
Kraftstoffe	32,30	-5,1	7,0	18,9	6,9
Gas	10,96	0,1	-2,2	16,3	29,3
Güter mit administrierten Preisen	194,43	2,5	-0,3	1,2	4,9
darunter:					
Strom	25,84	1,3	3,9	-4,9	3,9
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11,41	-2,4	-4,7	20,8	29,6
Telefondienstleistungen	18,57	-1,3	-11,4	-5,0	-3,6
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	1,0	0,6	1,9	2,8
davon: ^{c)}					
Kerninflation	-	0,7	0,3	0,6	1,0
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	1,4	1,8
Saisonwaren	-	0,1	0,0	0,0	0,2
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,3	0,3	1,2	0,7
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	0,2	1,0
a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.					
b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.					
c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.					

Abb. 2

Inflation und Kerninflation in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Nettoeinkommens der Privaten durch den stärkeren Preisauftrieb wieder kompensiert. Auch die Bauinvestitionen waren bis zuletzt deutlich rückläufig; die Rezession in der Bauwirtschaft, die 1995 einsetzte, dauert also weiter an. Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten dagegen im ersten Halbjahr 2001 noch kräftig, das Anstiegstempo war aber langsamer als in den Jahren 1997 bis 2000. Die Exporte stiegen bis Ende 2000 kräftig, auch beflügelt durch die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsposition infolge der Euro-Schwäche. Nach der Jahreswende machte sich dann allerdings der Rückgang der Auslandsnachfrage konjunkturell rasch bemerkbar und zuletzt sind die Exporte (saisonbereinigt) leicht gesunken (vgl. Abb. 3). Wegen des großen Überhangs lag die reale Warenausfuhr in den ersten vier Monaten jedoch noch um 8,4 % über dem entsprechenden Stand des Vorjahres.

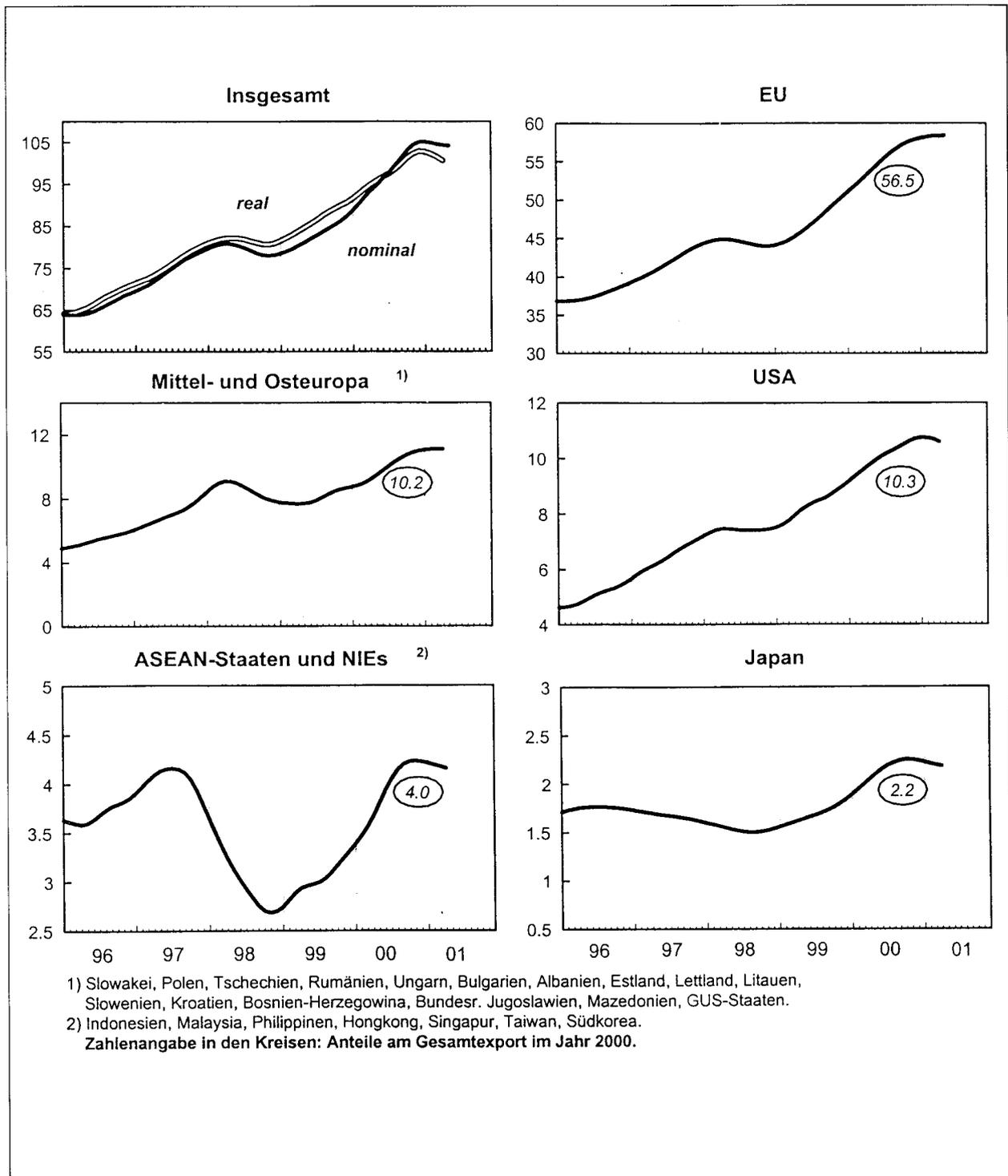
Die deutsche Konjunktur ist also von zwei Seiten unter Druck gekommen: Zum einen von der Ab-

kühlung der Weltkonjunktur und zum anderen von der Beschleunigung des Preisanstiegs, welche die Binnennachfrage belasten. Die Folge dieser Konjunkturschwäche ist, dass die Arbeitslosigkeit inzwischen saisonbereinigt nicht mehr sinkt, sondern leicht steigt. Im Juni lag die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt mit 3,85 Mill. um 80 000 über dem zuletzt niedrigsten Stand vom Dezember 2000.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Deutschland hat der ifo Konjunkturtest im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2000 und auch im ersten Vierteljahr 2001 richtig angezeigt. Das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft ist in den alten Bundesländern bis zuletzt deutlich gesunken. Im Juni wurde der tiefste Stand seit fünf Jahren erreicht. Dabei haben sich beide Komponenten des Klimaindikatoren weiter verschlechtert, also die Urteile zur Geschäftslage und die Geschäftserwartungen (vgl. Abb. 4 bis 6).

Abb. 3

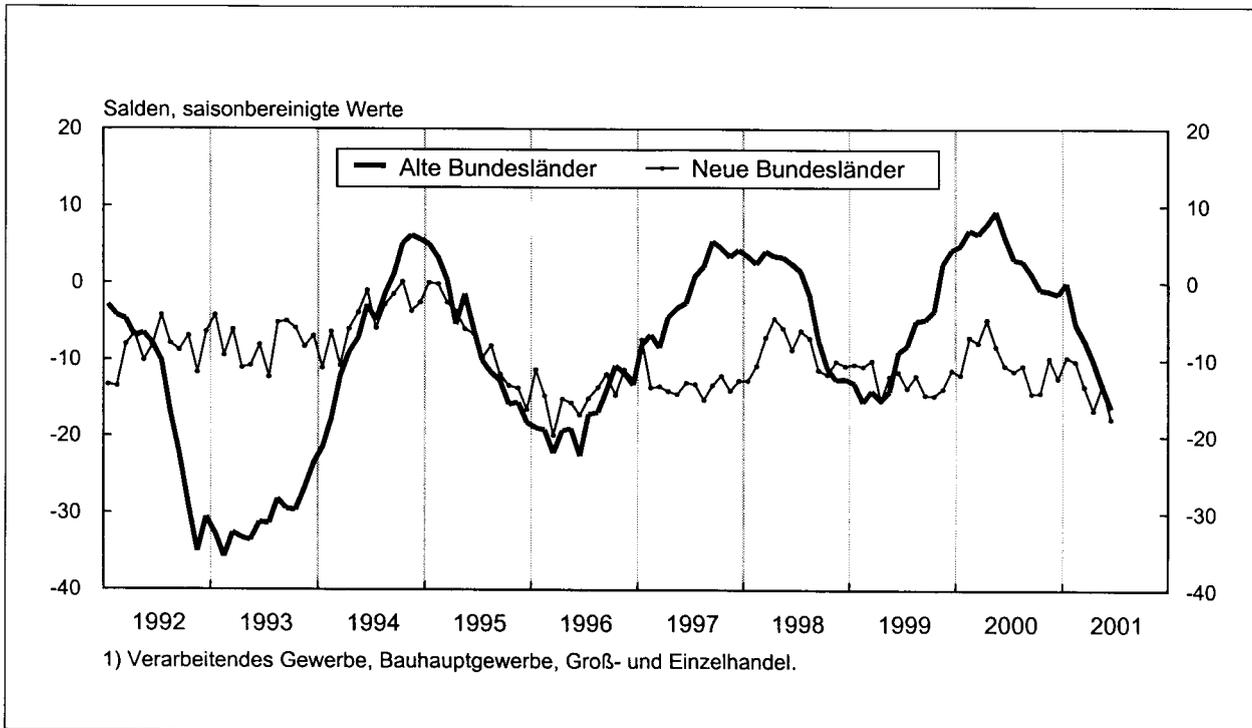
Exporte Deutschlands nach Ländern und Regionen
 – Mrd. DM, saisonbereinigte und geglättete Werte –



1) Slowakei, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Bundesr. Jugoslawien, Mazedonien, GUS-Staaten.
 2) Indonesien, Malaysia, Philippinen, Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea.
 Zahlenangabe in den Kreisen: Anteile am Gesamtexport im Jahr 2000.

Abb. 4

ifo Geschäftsklima in West- und Ostdeutschland Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Perspektiven für die Weltwirtschaft: Moderate Erholung

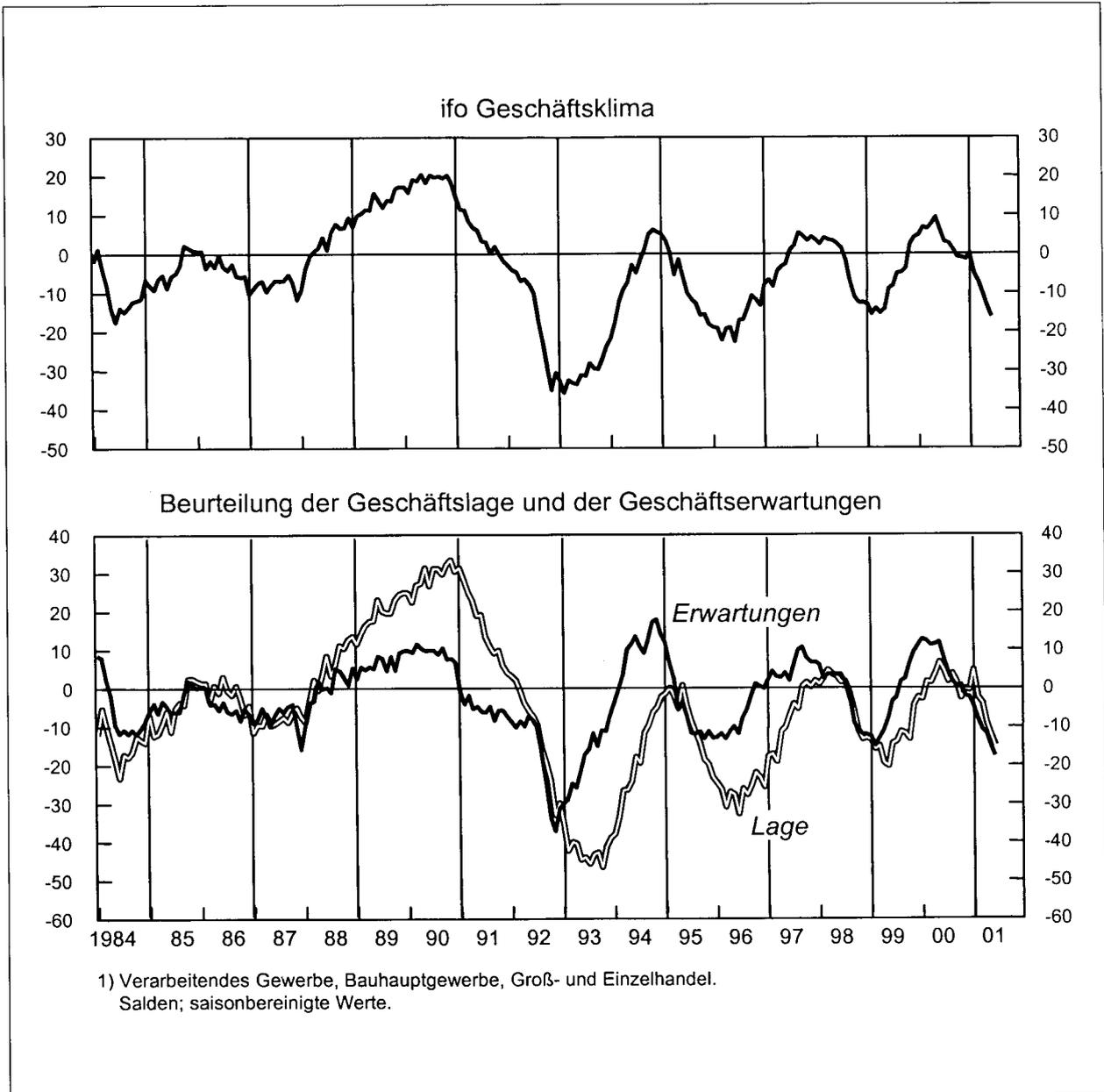
Entscheidend für die weitere Konjunktorentwicklung in Deutschland wird sein, ob und wann sich die Weltkonjunktur stabilisiert. Die Flaute in der Weltkonjunktur dürfte in diesem Jahr ausgeprägter sein als früher angenommen.¹ Hierauf deuten nicht nur die vorliegenden amtlichen statistischen Daten hin, sondern auch so wichtige vorlaufende Konjunkturumfragen, wie der vom ifo Institut vierteljährlich erhobene Economic Survey International (ESI). Während die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft von den Teilnehmern des ESI zuletzt nochmals deutlich ungünstiger beurteilt wurde, sind die Erwartungen der Befragungsteilnehmer für die kommenden zwei Quartale etwas weniger pessimistisch geworden. Dies könnte ein erster Hinweis sein, dass sich die Weltkonjunktur allmählich wieder stabilisiert (vgl. Abb. 7).

Die Prognose der Weltwirtschaft hängt vor allem davon ab, wie die weitere Entwicklung in den USA eingeschätzt wird. Die Indikatoren hierfür sind allerdings zurzeit nicht eindeutig. Einerseits sind die Auftragseingänge der US-Industrie bis zuletzt deutlich gesunken. Ferner deuten Unternehmensbefragungen auf ein Anhalten der Investitionsschwäche insbesondere in den Bereichen EDV und IT hin. Dort sind die Gewinne und die Gewinnerwartungen deutlich gesunken. Ferner besteht das Risiko, dass die Kaufreue der Konsumenten angesichts der gesunkenen Börsenkurse und der unsichereren Beschäftigungssituation nachlässt, zumal die Sparquote bereits negativ ist. Andererseits hat die amerikanische Notenbank den Leitzins seit Jahresbeginn in sechs Schritten sehr deutlich um $2\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 3,75 % gesenkt und sie wird die Zinsen wohl noch weiter zurückführen, um den Abwärtstrend der Konjunktur zu stoppen. Auch die amerikanische Finanzpolitik wirkt

¹ Dass es zu einer Abkühlung der Weltkonjunktur kommen würde, war von den Forschungsinstituten schon im letzten Jahr und auch im Frühjahr dieses Jahres prognostiziert worden, doch fällt diese jetzt stärker aus. Vgl. das Herbstgutachten der Forschungsinstitute (2000), ifo Wirtschaftskonjunktur 52(10) und das Frühjahrsgutachten (2000), ifo Schnelldienst 54(7).

Abb. 5

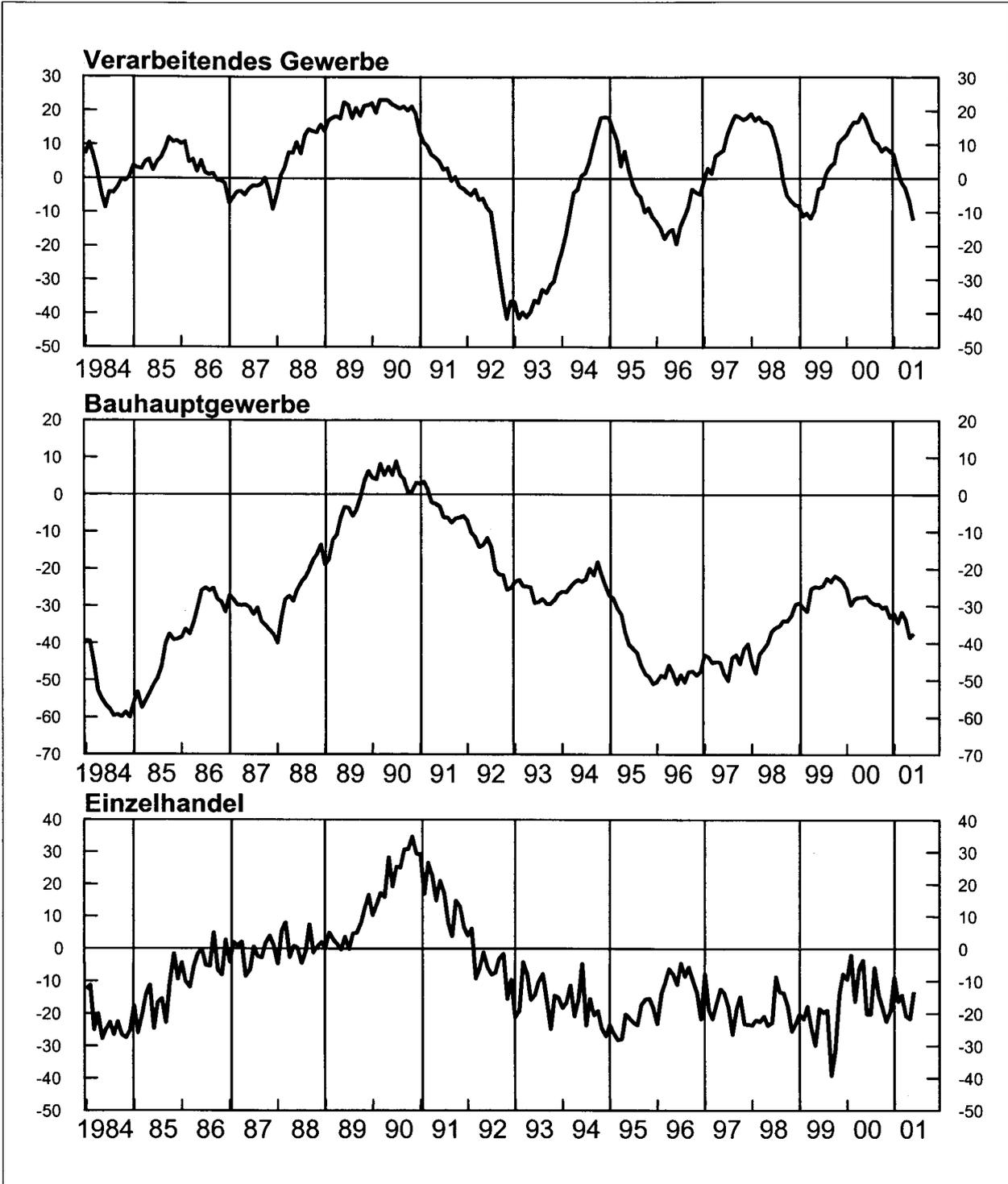
ifo Konjunkturtest – Gewerbliche Wirtschaft¹⁾
 – Westdeutschland –



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 6

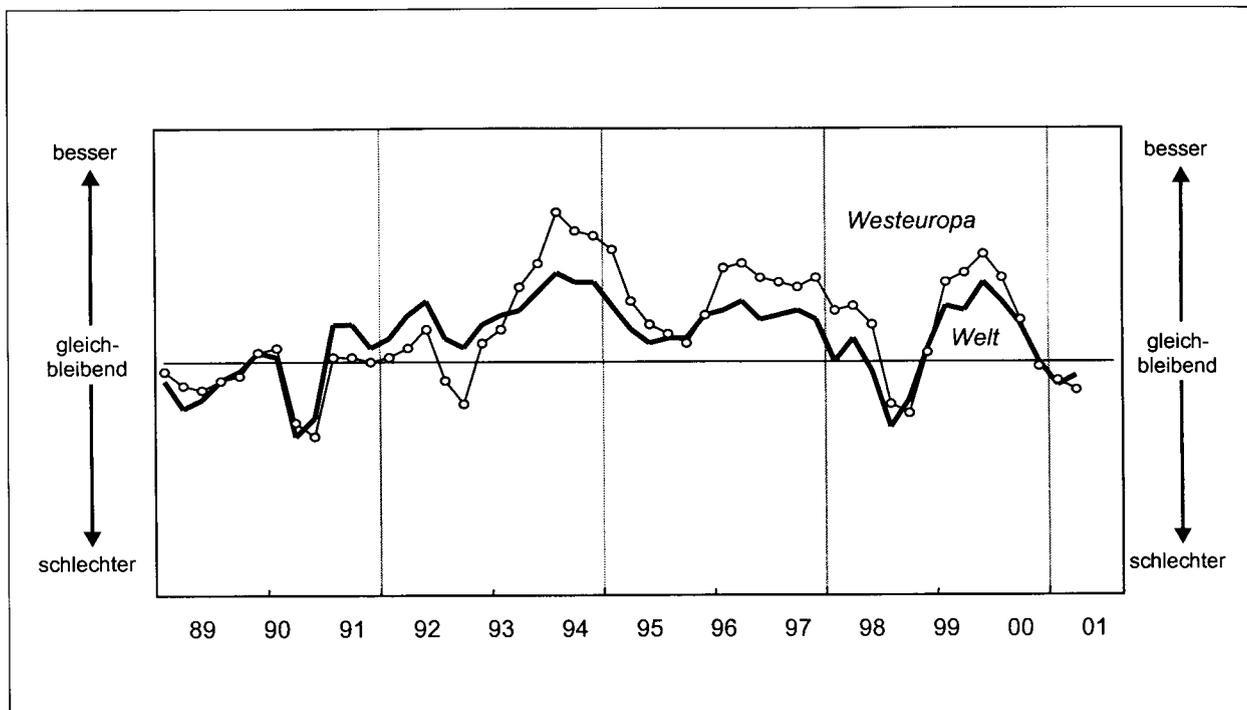
ifo Konjunkturtest – Westdeutschland
 – Geschäftsklima, Salden, saisonbereinigte Werte –



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 7

Welt und Westeuropa – Wirtschaftliche Lage
 – Erwartungen für die nächsten 6 Monate –



Quelle: ifo Economic Survey International.

zunehmend expansiv. So erhalten die privaten Haushalte in den USA noch in diesem Jahr Steuerrückzahlungen von etwa 50 Mrd. Dollar, was rund 1/2 % des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Immerhin ist der vom Conference Board ermittelte Index der Frühindikatoren im Juni zum dritten Mal in Folge gestiegen. Im jüngsten Anstieg schlug sich zum einen die Lockerung der Geldpolitik nieder, zum anderen die Zunahme der Geldmenge und der Lieferfristen.

Die Aussicht auf Einkommensteuersenkungen auch im kommenden Jahr sowie die niedrigeren Zinsen werden nach unserer Einschätzung den privaten Verbrauch und den Wohnungsbau anregen und auch den Aktienkursen Auftrieb geben. Dies wäre auch eine Initialzündung für einen Aufschwung der Unternehmensinvestitionen und damit der gesamten Inlandsnachfrage. In der Folge stiegen dann die amerikanischen Importe und es gingen wieder positive Impulse auf die Weltwirtschaft aus. Wir nehmen also an, dass sich die Konjunktur in den USA bereits im

Verlauf dieses Jahres wieder erholt. Dies ist eine Prognose, die natürlich mit Unsicherheiten behaftet ist, denn man kann nicht ausschließen, dass die konjunkturelle Besserung erst später eintritt. Aber selbst wenn sich die amerikanische Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder bessert wird das Wachstum in diesem Jahr nur etwa 1 1/2% betragen. Für das Jahr 2002 gehen wir von einer Beschleunigung auf 2 1/2% aus. Bezüglich der Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung sind jedoch Fragezeichen angebracht. Denn je expansiver die US-Zentralbank ihre Geldpolitik in diesem Jahr fährt, umso größer wird das Risiko, dass sie bereits im kommenden Jahr die monetären Zügel wieder anziehen muss, um den Preisauftrieb zu bremsen.

Die Besserung der US-Konjunktur wird die Exporte der südostasiatischen Schwellenländer stimulieren, was auch der japanischen Wirtschaft Impulse verleihen wird. Diese dürften jedoch nicht stark genug sein, um einen kräftigen und nachhaltigen Aufschwung in

Japan auszulösen. Die Strukturprobleme belasten die Entwicklung immer noch und dämpfen das Investitionsklima. Auch besteht kaum Aussicht, die privaten Haushalte in Japan angesichts stetig verschlechterter Arbeitsmarktlage, schwach steigender Löhne und ungelöster Alterssicherung zum Konsumieren anzuregen. Hinzu kommt das Unvermögen der Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft anzuregen. Mit annähernden Null-Zinsen ist der geldpolitische Spielraum praktisch ausgeschöpft. Und die Finanzpolitik kann angesichts der bereits sehr hohen Haushaltsdefizite und einer schnell steigenden Schuldenquote keine zusätzlichen nennenswerten Ankurbelungsmaßnahmen mehr ergreifen. Die jüngsten statistischen Daten und die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die japanische Wirtschaft im Sommerhalbjahr vermutlich am Rande einer Rezession bewegen dürfte. Damit wird in Japan die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 2001 nur stagnieren. Im nächsten Jahr dürfte das Wirtschaftswachstum bestenfalls annähernd 1 % betragen.

Die Industrieländer insgesamt werden nach einem Wachstum von 3,7 % im letzten Jahr in diesem Jahr lediglich ein Wachstum von rund 1 1/2 % erreichen. Im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum nur auf reichlich 2 % erhöhen (vgl. Tab. 3).

Perspektiven für die deutsche Wirtschaft und den Euroraum: Stabilisierung der Konjunktur

Es gibt vor allem zwei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit der gegenwärtige konjunkturelle Abschwung in Deutschland und auch im gesamten Euroraum zum Stillstand kommt und es wieder zu einer Aufwärtsentwicklung kommt. Die erste Bedingung ist, dass sich die Weltkonjunktur wieder fängt und es zumindest nicht zu einer weiteren Abwärtsbewegung kommt. Die zweite Bedingung ist, dass im Inland der Preisauftrieb wieder nachlässt. Für beide Bedingungen sehen wir durchaus Chancen, wobei es allerdings – wie bei jeder Prognose – auch Risiken gibt. Unsere wahrscheinlichste Prognose ist aber,

Tab. 3

Wirtschaftswachstum in den Industrieländern – Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts in % –

	Gewichte in % ⁽¹⁾	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 ⁽⁶⁾	2002 ⁽⁶⁾
Euroraum ⁽²⁾	25,7	2,3	2,2	1,4	2,3	2,8	2,6	3,4	2	2 1/2
EU ⁽³⁾	34,0	2,7	2,4	1,6	2,5	2,8	2,6	3,3	2	2 1/2
Westeuropa ⁽⁴⁾	35,7	2,7	2,3	1,6	2,5	2,7	2,5	3,3	2	2 1/2
Mitteleuropa ⁽⁵⁾	1,2	4,5	6,2	5,3	4,5	3,4	3	3,9	2 3/4	3 1/2
West- und Mitteleuropa	37,0	2,7	2,4	1,7	2,5	2,8	2,5	3,3	2	2 1/2
Japan	20,0	1	1,6	3,5	1,8	-2,5	0,8	1,7	0	1
USA	43,1	4	2,7	3,6	4,4	4,4	4,2	5	1 1/2	2 1/2
Industrieländer insgesamt	100	2,8	2,3	2,7	3,0	2,7	2,9	3,7	1 1/2	2
⁽¹⁾ BIP-Gewichte, 2000										
⁽²⁾ ohne Griechenland bis 2000										
⁽³⁾ Euroraum zuzüglich Dänemark, Schweden, Großbritannien und Griechenland (bis 2000)										
⁽⁴⁾ EU zuzüglich Island, Norwegen und Schweiz										
⁽⁵⁾ Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Slowakische Republik										
⁽⁶⁾ Prognose des ifo Instituts.										

Quelle: OECD, Berechnungen des ifo Instituts.

dass es in Deutschland und auch im gesamten Euro-raum im zweiten Halbjahr und dann auch im nächsten Jahr wieder zu einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung kommt, die allerdings sehr moderat verlaufen wird. Mit einer Rezession, also einem negativen Wachstum über mehrere Quartale, rechnen wir nicht.

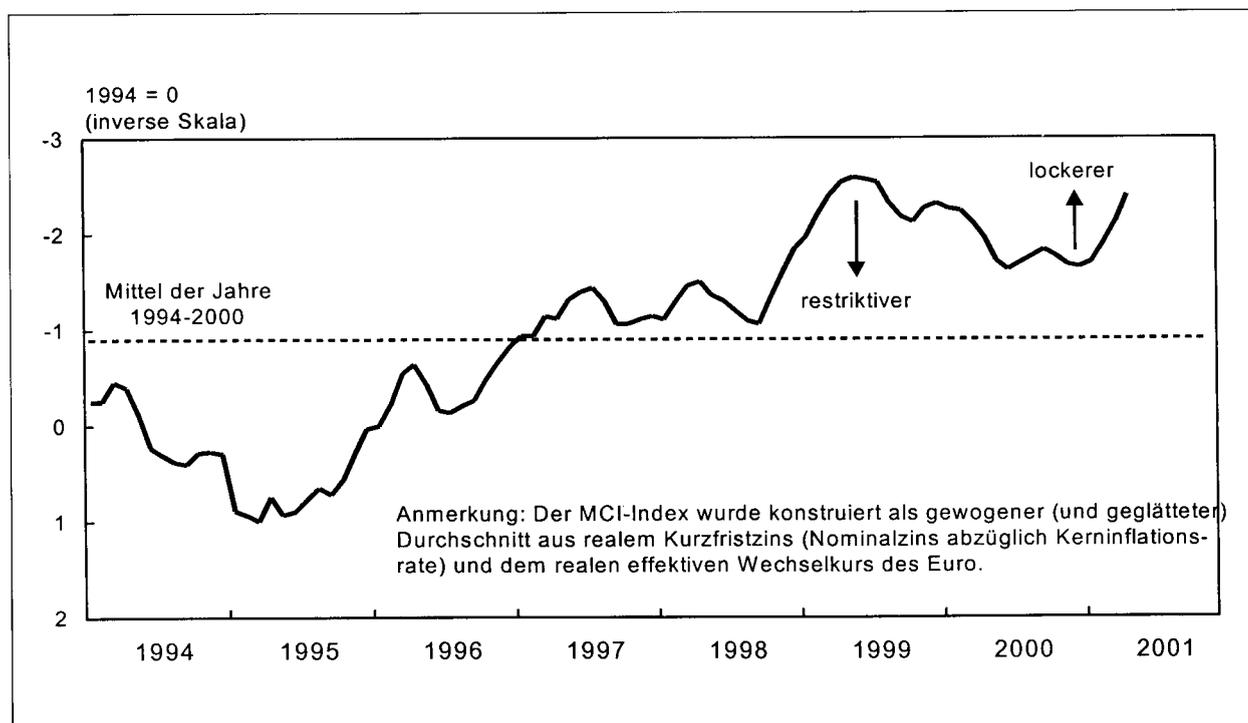
Zu der Stabilisierung der Konjunktur im zweiten Halbjahr trägt bei, dass die monetären Bedingungen insgesamt, also Zinsen und Wechselkurs zusammengekommen, nicht restriktiv, sondern eher konjunktur-anregend sind (vgl. Abb. 8). Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Mai ihren Leitzins um 1/4 Prozentpunkt erstmals wieder gesenkt. Da die Preissteigerungsraten im Euroraum in den kommenden Monaten spürbar sinken werden, rechnen wir im

Sommer noch mit einer weiteren Leitzinssenkung der EZB (um 1/4 Prozentpunkt).² Während die hiervon ausgehenden monetären Impulse allerdings erst im Jahr 2002 voll wirken, gehen vom niedrigen Wechselkurs des Euro bereits heute und vermutlich sogar bis weit in das kommende Jahr hinein anregende Wirkungen aus. Dies wäre nur dann anders, wenn im Gefolge einer Dollarschwäche der Euro stark aufwerten würde. Dies ist hier aber nicht unterstellt.

Die Finanzpolitik wirkt in diesem Jahr in fast allen Mitgliedsländern des Euroraums und auch in Deutschland expansiv, insbesondere weil Steuern gesenkt wurden. Ohne diese Steuersenkungen wäre die Konjunktur noch schwächer als wir sie hier prognostizieren. Direkte und indirekte Steuern wurden im Durch-

Abb. 8

Indikator der monetären Bedingungen für den Euroraum
(Monetary Conditions Index)



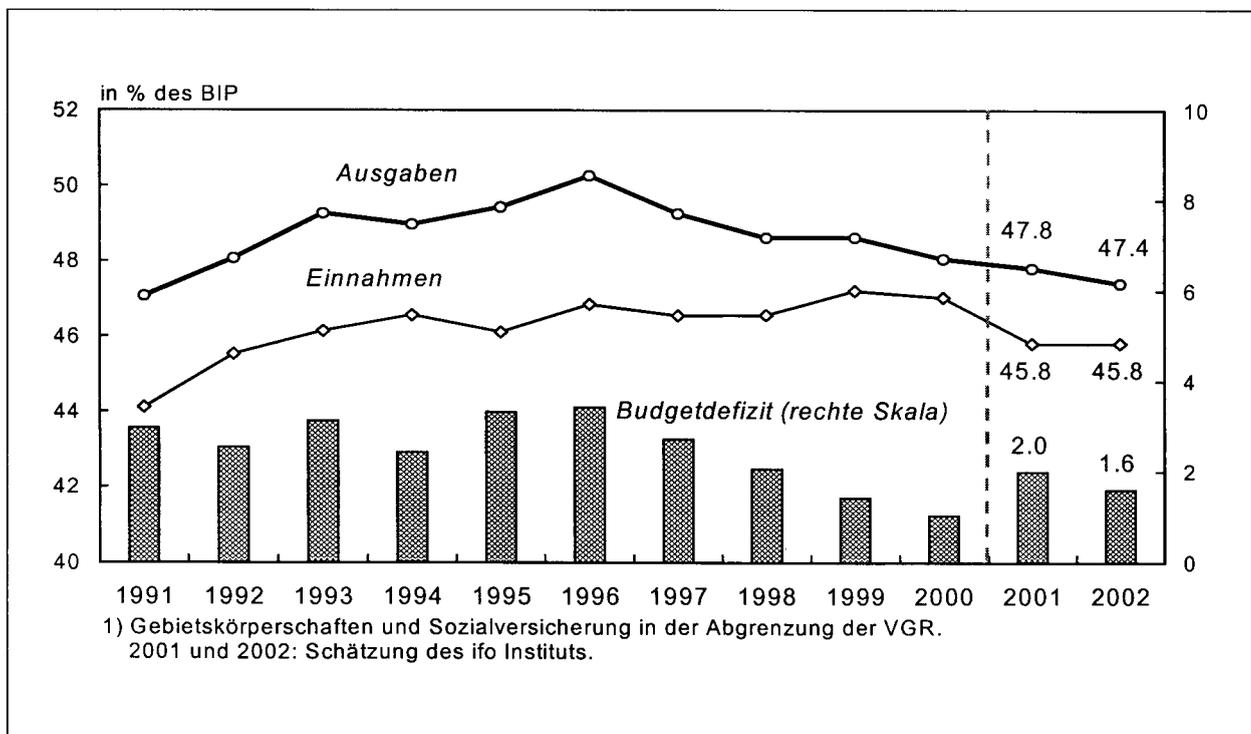
Quelle: Europäische Zentralbank, Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

² Angesichts der Konjunkturschwäche, die allerdings im Durchschnitt des Euroraums nicht so ausgeprägt ist wie in Deutschland, wäre auch noch eine stärkere Zinssenkung gerechtfertigt. Das Problem ist aber, dass sich der Preisanstieg zwar abschwächen, aber voraussichtlich noch bis zum Frühjahr nächsten Jahres über dem Inflationsziel der EZB liegen wird. Die EZB dürfte daher zögern, die Zinsen stärker zu senken.

schnitt des Euroraums im Ausmaß von etwa $\frac{3}{4}$ % des Bruttoinlandsprodukts gesenkt, mit Schwerpunkt bei den Einkommensteuern. In Deutschland wurden die Steuern um rund 45 Mrd. DM oder 1,1 % des BIP reduziert. In Deutschland wird zusätzlich im nächsten Jahr das Kindergeld erhöht (rund 4 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM), um einem Urteil des Verfassungsgerichts Rechnung zu tragen. Die Konjunkturschwäche im laufenden Jahr wird deutliche Spuren bei den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Das Budgetdefizit des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung insgesamt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) hatte im Jahr 2000 ohne Berücksichtigung der UMTS-Erlöse 41 Mrd. DM oder 1 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Zwar hatte die Bundesregierung in ihrem Stabilitätsprogramm wegen der Steuerreform einen Anstieg des Defizits auf etwa 70 Mrd. DM oder 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts unterstellt. Nach unserer Prognose wird das Budgetdefizit aber mit 80 Mrd. DM oder 2 % des Bruttoinlandsprodukts um 10 Mrd. DM höher sein. Im Jahr

2002 wird das Defizit dann wieder auf knapp 70 Mrd. DM oder 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts zurückgehen (vgl. Abb. 9). Im nächsten Jahr ist dann das gesamtstaatliche Budgetdefizit um über 20 Mrd. DM höher als im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vorgesehen. Es ist daher zu bezweifeln, dass das Ziel des Stabilitätsprogramms, bis zum Jahr 2004 einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen, tatsächlich erreicht wird. Und es stellt sich auch die Frage, ob es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wirklich sinnvoll ist, an den Defizitziele des Stabilitätsprogramms für die einzelnen Jahre strikt festzuhalten, zumal sich die gesamtwirtschaftliche Situation jetzt anders darstellt als bei der Aufstellung des Stabilitätsprogramms im Herbst letzten Jahres. Würden die öffentlichen Haushalte versuchen, die jetzt entstehenden konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben über eine Verschärfung des Sparkurses auszugleichen, um das Defizit entsprechend geringer zu halten, dann würde dies die Konjunktur zusätzlich schwächen. Schon jetzt befindet sich die

Abb. 9 Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Baukonjunktur in der Rezession und wenn der Staat seine Investitionsausgaben zusätzlich kürzt, wird diese noch tiefer. Wir empfehlen daher, dass die öffentlichen Haushalte die konjunkturbedingt höheren Defizite hinnehmen, ohne allerdings ihr mittelfristiges Konsolidierungsziel aus den Augen zu verlieren.

Eine wichtige Frage ist, ob die Lohnpolitik moderat bleibt. In der Prognose gehen wir davon aus, dass dies in Deutschland und im gesamten Euroraum der Fall sein wird. Hier gibt es natürlich Risiken. Keinesfalls darf es zu Tarifabschlüssen auf der Basis der temporär hohen Inflationsraten kommen. Würde die Lohnpolitik versuchen, Realeinkommensverluste der Arbeitnehmer über höhere Nominallöhne von den

Unternehmen zurückzuholen, so käme eine Lohn-Preis-Spirale in Gang, die Inflation verfestigte sich. Dies würde die Europäische Zentralbank unweigerlich zu einer neuerlichen geldpolitischen Wende veranlassen, die Zinsen würden steigen. Ähnlich wie in den Jahren 1974/75 und 1980/81 käme es in Deutschland und im Euroraum zu einer Stabilisierungskrise mit entsprechend negativen Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Eine Lohn-Preis-Spirale muss also unbedingt vermieden werden. Die derzeit höheren Preissteigerungen könnten tatsächlich zu einem aggressiveren Lohnverhalten führen. Von Vorteil ist hier aber, dass im Frühjahr 2002, wenn die großen Tarifrunden laufen, der Preisauftrieb geringer sein dürfte als zurzeit.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Der Welthandel wird, nach 12 % im Jahr 2000, in diesem Jahr um 4 1/2 % zunehmen und im nächsten um 6 1/2 %.
- Der Rohölpreis wird im Jahresdurchschnitt 2001 bei etwa 26 US-Dollar pro Barrel liegen und im Jahr 2002 bei 24 US-Dollar.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte sich im Prognosezeitraum in einer Spanne von 0,85 bis 0,95 Euro/\$ bewegen, wobei die obere Intervallgrenze gegen Ende 2002 erreicht wird.
- Die Europäische Zentralbank senkt die Leitzinsen im Sommer nochmals um 1/4 Prozentpunkt. Die Kapitalmarktzinsen werden im Prognosezeitraum etwas steigen.
- Die Tariflöhne erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im Jahr 2001 um 2 1/4 % und im Jahr 2002 um knapp 3 %.
- Die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2001 aufgrund der Steuerreform expansiv.

Die Prognose im Einzelnen

Bei wieder anziehender Weltkonjunktur dürfte die Exportdelle allmählich überwunden werden. Dazu trägt auch der schwache Euro bei, der die Exporte in den Dollarraum stimuliert. Trotz der Beschleunigung im Jahresverlauf wird das Exportwachstum im Jahresdurchschnitt 2001 mit rund 5% weniger als halb so groß sein wie im Vorjahr. Der private Verbrauch wird erst im späteren Verlauf des Jahres 2001 zur Konjunkturstütze werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte er mit lediglich 1% weniger wachsen als in den letzten drei Jahren, und dies trotz der massiven Steuerensenkungen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden aufgrund der schwächeren Absatzentwicklung nur

noch halb so stark wachsen wie im letzten Jahr. Eine Belastung für die Gesamtkonjunktur ist auch, dass die Baurezession anhält. Bei den Bauinvestitionen ist – und hier insbesondere in Ostdeutschland – jedenfalls immer noch nicht ein Ende der Talfahrt in Sicht; lediglich das Nachholen von witterungsbedingt ausgefallener Produktion könnte hier temporär positive Veränderungsdaten bewirken. Insgesamt bleibt der Wachstumsbeitrag negativ (vgl. Tab. 4). Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr nur noch um 1,2% steigen. Dies ist das niedrigste Wachstum seit fünf Jahren (im Jahr 1996 betrug die Rate 0,8%). Dabei ist unterstellt, dass die Konjunktur im dritten und vierten Quartal wieder anzieht (vgl. Abb. 10).³ Wir erwarten, dass die Wertschöpfung

Tab. 4
Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland
 – in Preisen von 1995 –

	2000			2001			2002		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	1,2	0,6	0,9	0,3	0,8	0,5	1,0	1,2	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	1,0	0,1	0,5	-0,3	0,2	0,0	0,6	0,5	0,5
Ausrüstungen, sonstige Anlagen	0,9	0,8	0,9	0,6	0,4	0,5	0,4	0,8	0,6
Bauten	0,1	-0,7	-0,3	-0,8	-0,1	-0,5	0,1	-0,3	-0,1
Vorratsveränderung	-0,3	0,8	0,2	0,6	-0,4	0,1	0,1	0,3	0,2
Letzte inländische Verwendung	2,2	1,7	1,9	0,7	0,8	0,8	1,8	2,2	2,0
Außenbeitrag	1,4	0,6	1,0	0,6	0,4	0,5	-0,2	0,5	0,2
Waren	1,6	0,6	1,1	-1,8	-2,0	-1,9	-0,2	0,5	0,2
Dienstleistungen	-0,2	0,1	-0,1	2,4	2,3	2,3	0,0	0,0	0,0
Bruttoinlandsprodukt (a)	3,6	2,3	3,0	1,3	1,2	1,2	1,7	2,7	2,2

s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

³ In der Abbildung sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet) dargestellt. Im Vorjahresvergleich ergeben sich für 2001 und 2002 folgende Wachstumsraten: Q1/2001: 1,6%; Q2/2001: 1,0%; Q3/2001: 1,0%; Q4/2001: 1,3%; Q1/2002: 0,8%; Q2/2002: 2,6%; Q3/2002: 3,0%; Q4/2002: 2,5%.

im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) nach einem kräftigen Rückgang im zweiten Vierteljahr im dritten nur noch geringfügig sinkt und danach wieder steigt. Diese Prognose ist naturgemäß mit Risiken behaftet. Schon eine relativ geringe Änderung des Prognosewertes für das zweite Vierteljahr kann die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate naturgemäß in die eine oder andere Richtung ändern.⁴

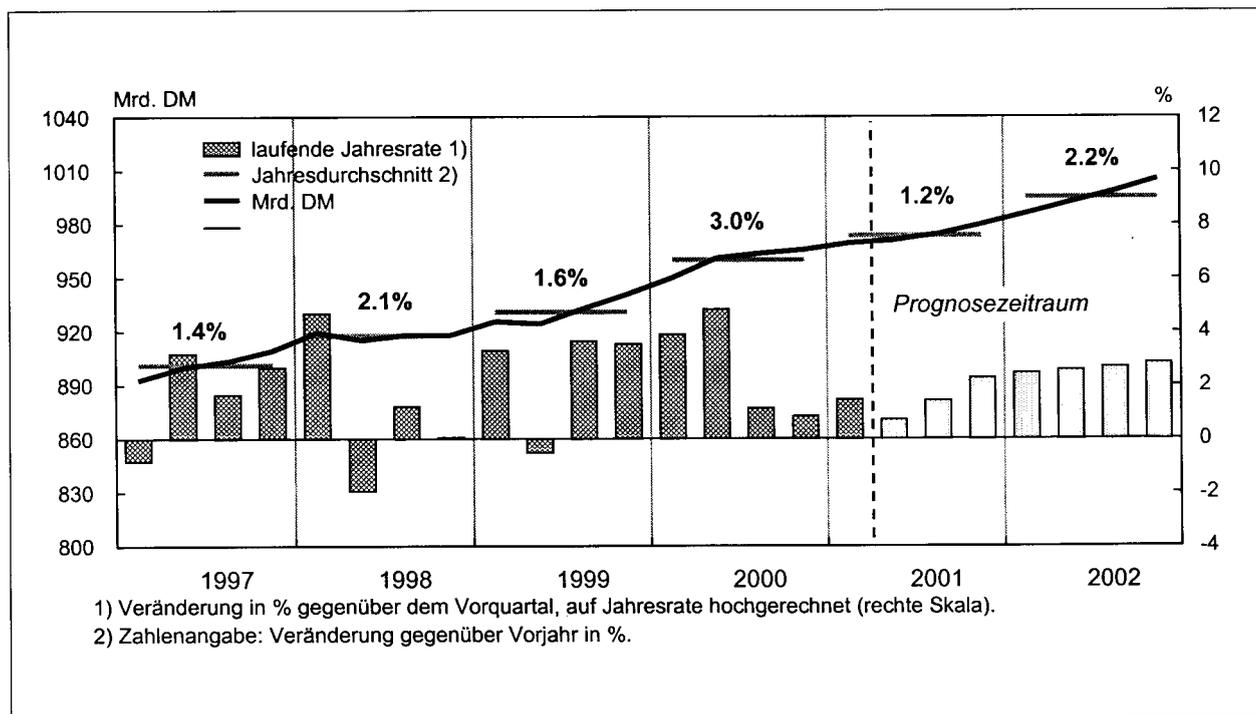
Im nächsten Jahr wird sich das konjunkturelle Tempo mit dem Auslaufen der bremsenden Effekte auf 2,2 % beschleunigen (vgl. Tab. 5). Das Wachstum in Deutschland wird damit erneut geringer sein als im gesamten Euroraum, wo es in diesem Jahr 2 % und im nächsten Jahr 2 1/2 % betragen dürfte. In Deutsch-

land wird die Entwicklung durch die Strukturprobleme der ostdeutschen Wirtschaft und den weiter schrumpfenden Bausektor gedämpft. Überdies wird die Wirtschaftsdynamik auch in Westdeutschland durch Rigiditäten am Arbeitsmarkt und die nach wie vor hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit gebremst.

Die hier prognostizierte Konjunktorentwicklung bedeutet, dass es auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation kommt. Die Beschäftigung wird im Verlauf des Jahres 2001 sogar leicht sinken und erst 2002 im Gefolge der besseren Konjunktur wieder steigen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte

Abb. 10

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
– Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts, ab 2. Quartal 2001: Prognose.

⁴ Basis der hier vorgelegten Prognose bilden die bisher veröffentlichten Produktionsdaten für April und Mai sowie eine Schätzung für den Monat Juni anhand der Ergebnisse des ifo Konjunkturtests. Sollte die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe ab dem zweiten Quartal 2001 um 1 % von der hier unterstellten abweichen – sei es weil die Schätzung für Juni nicht zutrifft, sei es weil die amtlichen Daten für April und Mai später korrigiert werden –, so hätte dies ceteris paribus eine um rund 0,2 Prozentpunkte höhere oder niedrigere Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (im Vorjahresvergleich) vom zweiten bis zum vierten Quartal und auch im Jahresdurchschnitt 2001 zur Folge.

Tab. 5 Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001 (1)	2002 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	2,6	1,6	1,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	-0,1	1,4	0,8	0,9
Anlageinvestitionen	3,3	2,4	-0,1	2,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,4	9,0	4,5	6,0
Bauten	0,5	-2,5	-3,9	-0,8
Inländische Verwendung	2,4	2,0	0,8	2,1
Exporte	5,1	13,2	5,1	6,4
Importe	8,1	10,2	3,9	6,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	3,0	1,2	2,2
Westdeutschland und Berlin	1,6	3,2	1,3	2,2
Ostdeutschland	1,4	1,1	1,0	2,0
Erwerbstätige^{d)} (1000 Personen)	37942	38532	38695	38815
Westdeutschland und Berlin	31977	32658	32895	33035
Ostdeutschland	5965	5874	5800	5780
Arbeitslose (1000 Personen)	4099	3889	3830	3780
Westdeutschland und Berlin	2872	2645	2570	2535
Ostdeutschland	1227	1244	1260	1245
Arbeitslosenquote^{e)} (in %)	9,8	9,2	9,0	8,9
Westdeutschland und Berlin	8,2	7,5	7,2	7,1
Ostdeutschland	17,1	17,5	17,8	17,7
Verbraucherpreise^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	1,9	2 3/4	1 3/4
Lohnstückkosten^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	-0,1	1,2	0,7
Finanzierungssaldo des Staates^{h)} - in Mrd. DM ⁹⁾	-55,0	-41,1	-80,0	-69,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-1,4	-1,0	-2,0	-1,6
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,5	3,4	2	2 1/2
Verbraucherpreisindex im Euroraumⁿ⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	2,3	2 3/4	1 3/4
1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Im Inland.- c) Bundesrepublik: Inländerkonzept; Westdeutschland und Ostdeutschland: Inlandskonzept.- d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- g) Im Jahr 2000 ohne die erwirtschafteten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM.- h) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

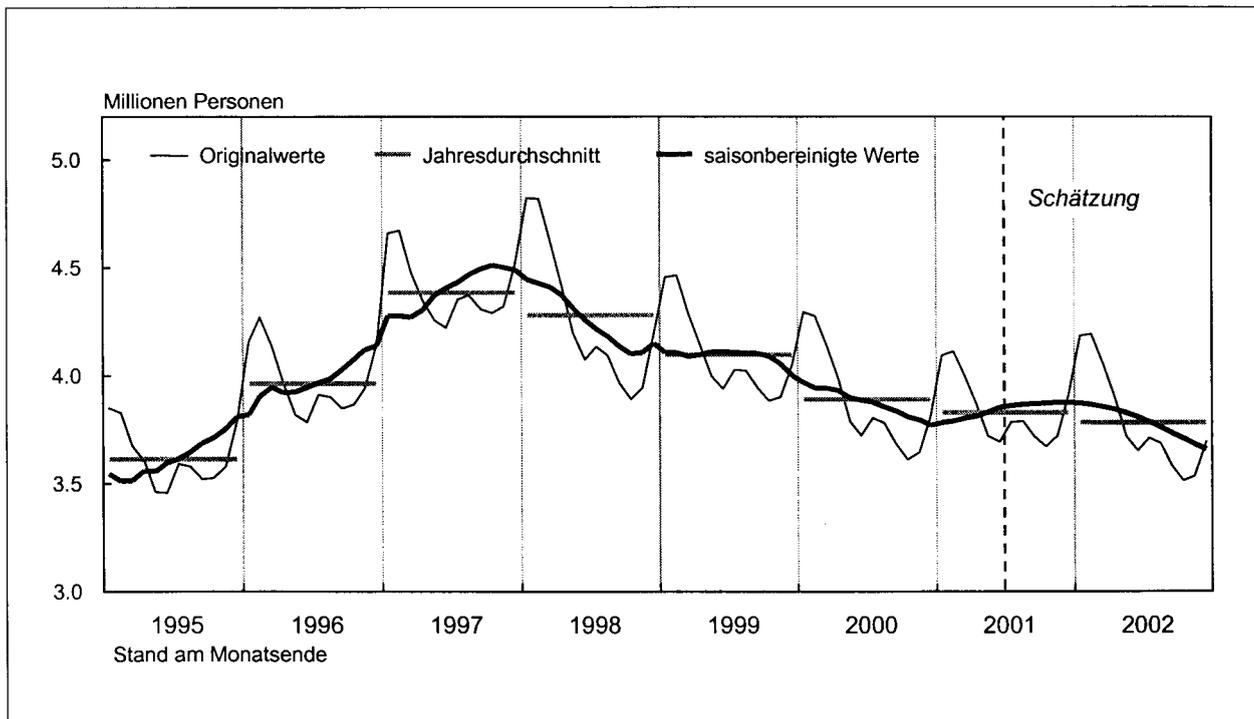
zunächst weiter zunehmen und im Herbst sogar das Vorjahresniveau wieder leicht übertreffen; der Rückgang im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber dem Vorjahr um etwa 60 000 auf rund 3,8 Millionen ist somit nur Folgewirkung der niedrigen Zahl zum Jahreswechsel 2000/2001 (vgl. Abb. 11). Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosenzahl wieder sinken, nicht zuletzt infolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.⁵ Auch ist geplant, für eine größere Transparenz der Arbeitslosenstatistik zu sorgen, indem ergänzend zur bisher geführten Statistik gesondert die Personen erfasst werden sollen, die auch tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Nach unserer Prognose wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des kommenden Jahres knapp 3,8 Millionen betragen und im Herbst 2002 saisonbereinigt immer noch rund 3,7 Millionen.

DIE SONDERSITUATION IN OSTDEUTSCHLAND

Das Wirtschaftswachstum wird in Ostdeutschland (ohne Berlin) im laufenden Jahr mit 1 % ähnlich niedrig sein wie in Westdeutschland (einschließlich Berlin: +1,3 %). Auch im kommenden Jahr dürfte die Wachstumsrate in Ostdeutschland mit etwa 2 % ähnlich sein wie in Westdeutschland (vgl. Tab. 6 und Abb. 12). Es kommt also erneut zu keinem Aufholprozess, also einem deutlich höheren Wachstum in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen. Die ostdeutsche Wirtschaft wird schon seit längerem von gegenläufigen Einflüssen geprägt, nämlich der abwärts gerichteten Bauproduktion einerseits und der weiter aufwärts gerichteten Entwicklung im Nicht-Baubereich, also in der Industrie und bei den Dienstleistungen. Der Anteil der Bauwirtschaft an der Gesamtwirtschaft geht aller-

Abb. 11

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

⁵ Unter dem Schlagwort Job-Aktiv (Aktivieren-Qualifizieren-Trainieren-Investieren-Vermitteln) hat die Bundesregierung Eckpunkte einer Reform der Arbeitsförderung vorgelegt. Als Maßnahmen sind vorgesehen: Forcierung der Job-Rotation (ein Arbeitsloser übernimmt vorübergehend den Arbeitsplatz eines Beschäftigten während dieser sich fortbildet), Abschluss verbindlicher Eingliederungsvereinbarungen zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosen, frühzeitiger Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente (nicht erst, wenn Langzeitarbeitslosigkeit vorliegt). Ferner soll durch eine Auswertung der laufenden Modellprojekte der Mitteleinsatz optimiert werden.

Tab. 6

Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in West- und Ostdeutschland
 – nach Wirtschaftsbereichen –

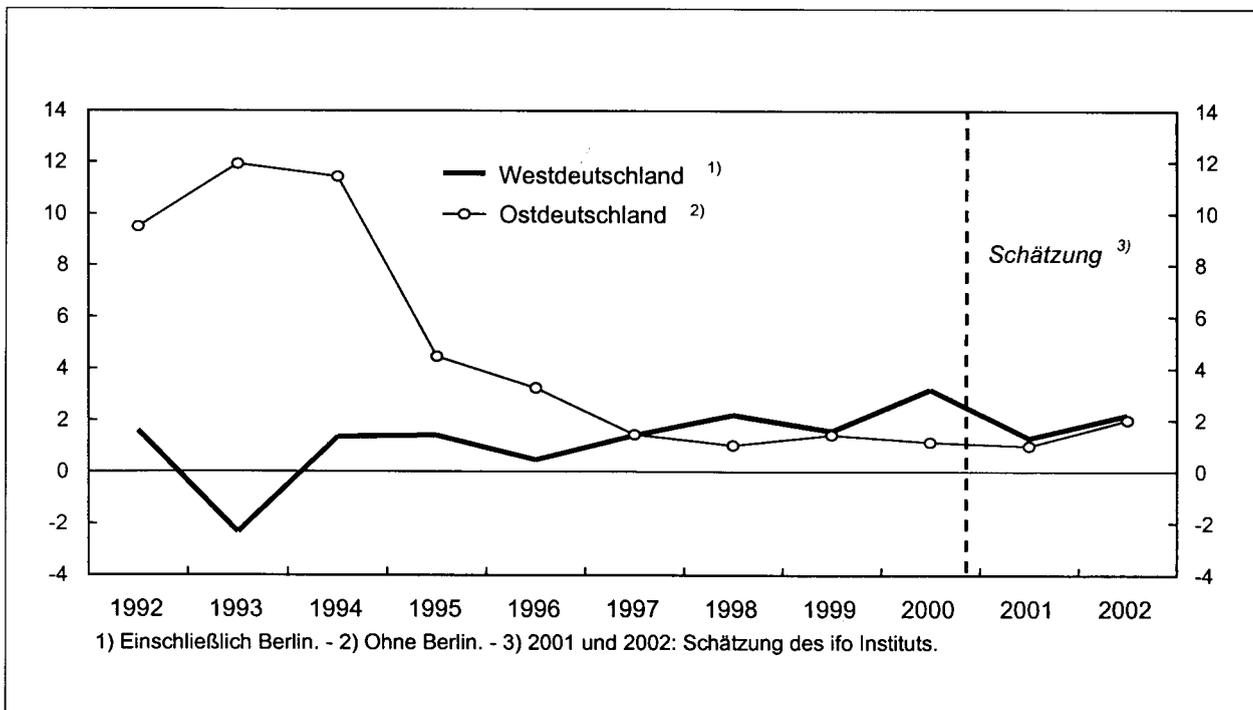
Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	1999			2000			2001			2002		
	Deutsch-land	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutsch-land	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutsch-land	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutsch-land	West ¹⁾	Ost ²⁾
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	2,4	2,0	3,7	2,0	2,8	-0,6	0,8	0,8	1,0	0,6	0,6	0,5
Produzierendes Gewerbe	-0,3	-0,3	-0,4	3,3	3,7	0,2	-0,3	-0,4	0,5	1,0	0,9	1,5
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	0,4	0,2	3,3	5,7	5,5	8,3	1,4	0,9	7,7	1,5	1,2	5,1
Baugewerbe	-2,2	-1,5	-4,3	-3,8	-1,8	-9,7	-6,1	-5,3	-8,8	-1,7	-1,0	-4,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,9	1,8	2,7	4,2	4,5	1,5	2,3	2,4	1,6	3,5	3,6	2,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstl.	5,1	5,1	5,0	5,2	5,2	5,0	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2	4,3
Öffentliche und private Dienstleister	-0,2	-0,2	0,1	1,1	1,2	0,8	0,6	0,6	0,0	0,9	0,9	1,0
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,7	1,8	1,6	3,6	3,8	1,7	1,7	1,7	1,5	2,4	2,5	2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,6	1,4	3,0	3,2	1,1	1,2	1,3	1,0	2,2	2,2	2,0

1) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - 2) Neue Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 12

Wirtschaftswachstum in West- und Ostdeutschland
 – Veränderungen des BIP in Preisen von 1995 gegenüber Vorjahr in % –



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

dings immer weiter zurück; im vergangenen Jahr betrug dieser Anteil noch 11,2 % nach dem Spitzenwert von 17,2 % im Jahr 1994 (Westdeutschland zum Vergleich im Jahr 2000: 4,6 %). Das Produzierende Gewerbe ohne Bauwirtschaft entwickelte sich in den letzten Jahren deutlich schneller als in Westdeutschland. Dort ist also ein Aufholprozess erkennbar. Allerdings kann sich auch dieser dynamischere Bereich in Ostdeutschland der konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland und in der Weltwirtschaft nicht ganz entziehen. Damit wird das Wachstum in Ostdeutschland im laufenden Jahr von zwei Faktoren besonders beeinträchtigt, nämlich dem weiteren Rückgang der Bauproduktion und der konjunkturellen Abschwächung im industriellen Bereich. Im kommenden Jahr dürfte – bei weiter sinkender Bauproduktion – die konjunkturelle Erholung in Westdeutschland und in der Weltwirtschaft sich wieder positiv auf die Entwicklung im ostdeutschen Nicht-Baubereich auswirken.

Die Situation in den neuen Bundesländern weist nach wie vor Besonderheiten auf. Einerseits wird mit massiven staatlichen Transfers aus Westdeutschland und Steuervergünstigungen ein moderner Kapitalstock aufgebaut, was den Aufholprozess fördert. Andererseits sind die Löhne – gemessen an der Produktivität – vielfach immer noch zu hoch. Zwar konnte die Arbeitsproduktivität durch die Modernisierung der Produktionsanlagen und die Umstrukturierung der Produktionsprozesse erheblich gesteigert werden; ein Teil des Produktivitätsfortschritts kam aber auch durch die Entlassung unterdurchschnittlich produktiver Arbeitskräfte zustande.⁶ Trotz des Produktivitätsanstiegs blieb über alle Wirtschaftsbereiche hinweg gerechnet die Relation zwischen der Arbeitsproduktivität und den Arbeitskosten ungünstiger als im Durch-

schnitt in Westdeutschland, was sich in entsprechend höheren Lohnstückkosten ausdrückt. So lagen im Jahr 2000 die durchschnittlichen Lohnkosten in den neuen Bundesländern ohne Berlin bei 77,1 % des Westniveaus, die Arbeitsproduktivität aber erst bei 68,5 %. Infolgedessen waren die realen Lohnstückkosten⁷, die sich als Quotient beider Größen ergeben, um 12,6 % höher als im Westen (vgl. Tab. 7). Niedrigere Lohnstückkosten als in Westdeutschland sind im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) sowie in der Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen. Größere Kostennachteile hat die ostdeutsche Wirtschaft nach wie vor im Bereich der Dienstleistungen zu verzeichnen. Dieser Sektor wird allerdings durch besonders große Lohnstückkostenunterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen geprägt, was weniger an den Lohn disparitäten als an den deutlichen Unterschieden in den Produktivitätsniveaus liegt.⁸ Beispielsweise verzerrt das niedrigere Niveau der ostdeutschen Mieten den Produktivitäts- und damit auch den Lohnstückkostenvergleich zu Lasten der neuen Bundesländer.

Maßgeblich für die immer noch geringere Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland ist einmal die dort niedrigere Kapitalintensität (Kapitalausstattung je Erwerbstätigen).⁹ In der ostdeutschen Wirtschaft (ohne Wohnungsbau) ist die Kapitalintensität in den letzten Jahren aufgrund des hohen Kapitalstockwachstums zwar deutlich gestiegen, sie lag aber nach Schätzungen des ifo Instituts im Jahr 2000 immer noch um etwa 18 % unter dem Westniveau (vgl. Abb. 13 und Abb. 14). Wäre die Kapitalproduktivität in Ostdeutschland genauso hoch wie in Westdeutschland, dann wäre bei der Arbeitsproduktivität der Abstand zum Westen ebenfalls 18 %. Tatsächlich betrug er aber 31 %. Der Grund für die größere Differenz liegt

⁶ In der Entwicklung der statistischen Durchschnittsproduktivität vermengen sich zwei Größen, die für die Lohnpolitik und damit für die Beschäftigung unterschiedliche Folgen haben: verteilbare Produktivitätssteigerungen durch technischen Fortschritt zum einen, nicht verteilbare Produktivitätssteigerungen durch lohndruckbedingte Entlassung unterdurchschnittlich produktiver Arbeitskräfte zum anderen.

⁷ Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

⁸ So betrug z. B. im Jahr 1998 in Deutschland die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich Grundstücks- und Wohnungswesen 1,18 Mill. DM, in der Luftfahrt 324 000 DM, im Gastgewerbe 28 500 DM und bei den häuslichen Diensten 9 700 DM. Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer beliefen sich auf 69 500 DM, 87 700 DM, 30 600 DM und 9 700 DM. Während die Lohnkosten im Grundstücks- und Wohnungswesen etwa 7 mal so hoch waren wie in den Haushalten (in der Luftfahrt 9 mal so hoch), lautete die Relation bei der Bruttowertschöpfung 121:1 (bzw. 33:1).

⁹ Die Arbeitsproduktivität Y/E lässt sich als Produkt von Kapitalintensität K/E und Kapitalproduktivität Y/K darstellen, d.h. es gilt: $Y/E = K/E \cdot Y/K$ mit Y : Bruttowertschöpfung, E : Erwerbstätigenzahl, K : Bruttoanlagevermögen.

Tab. 7

Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Westdeutschland = 100									
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner	33,1	41,2	50,9	57,3	59,7	61,7	61,8	61,2	61,4	60,4
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	34,6	48,3	59,5	64,3	65,1	67,1	67,7	67,3	67,5	68,5
darunter: im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe 1)	24,1	34,8	47,8	53,4	56,5	63,6	65,7	67,2	68,9	71,0
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,2	77,0	77,1
darunter: im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	38,8	52,6	57,5	65,2	68,3	69,3	69,0	69,2	69,4	69,4
Reale Lohnstückkosten 2)	142,5	128,2	116,2	113,0	115,5	112,9	112,4	113,3	114,1	112,6
darunter: im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	161,0	150,9	120,3	122,1	120,9	109,1	105,0	103,0	100,7	97,8
1) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. - 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - bzw. die Bruttowertschöpfung - in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.										

Quelle: AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

darin, dass auch die Kapitalproduktivität in Ostdeutschland deutlich niedriger ist als in Westdeutschland. Im Jahr 2000 betrug sie nämlich nur 84 % des Westniveaus.

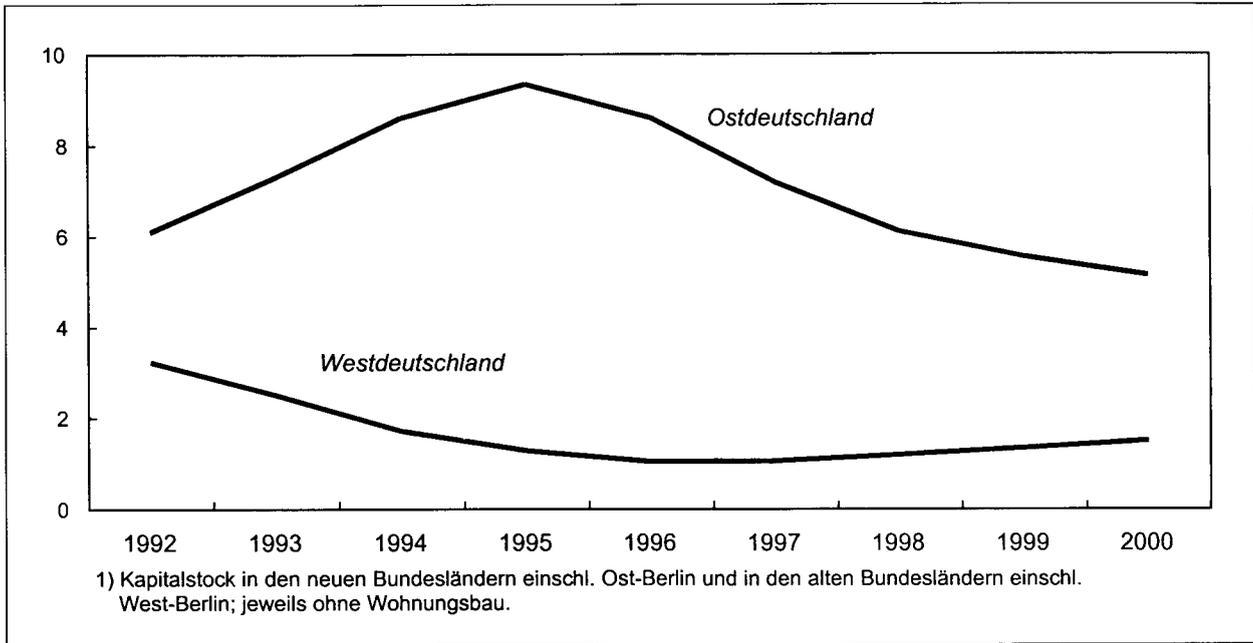
Die Ursachen für die niedrige Kapitalproduktivität sind vielschichtig: Einmal ist der Technologierückstand gegenüber Westdeutschland wohl immer noch nicht vollständig überwunden. Zudem kam es im Gefolge der massiven staatlichen Förderung zu Fehlallokationen von Sachkapital, insbesondere zu unzureichend genutzten und damit unproduktiven gewerblichen Bauten. Auch beziehen ostdeutsche Unternehmen vielfach teurere Vorleistungen als westdeutsche Firmen und verkaufen zu niedrigeren Preisen, was ihre Erträge und damit die an der nominalen Wertschöpfung gemessene Produktivität drückt. Schließlich erreicht die Infrastrukturausstattung in Ostdeutsch-

land trotz des schnellen Ausbaus in wichtigen Bereichen (wie dem Verkehrsbereich) noch nicht das Westniveau. Zwar geht der Infrastrukturaufbau weiter, aber es gibt auch Bremsklötze. So hat sich inzwischen bei den Ländern und Kommunen in Ostdeutschland trotz der hohen Transfers aus dem Westen eine hohe Schuldenlast angehäuft: Die relativ niedrige Steuerkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen und die hohe Zinsbelastung sowie die kräftigen Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst engen den finanziellen Spielraum für eigenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen ein, was den Aufholprozess bremst.

Bei der Beurteilung der ostdeutschen Wirtschaft ist es aber notwendig, die unterschiedliche Entwicklung in einzelnen Sektoren zu berücksichtigen. Von 1991 bis 1997 schrumpfte z.B. die Erwerbstätigenzahl in der Industrie um mehr als die Hälfte. In den letzten drei

Abb. 13

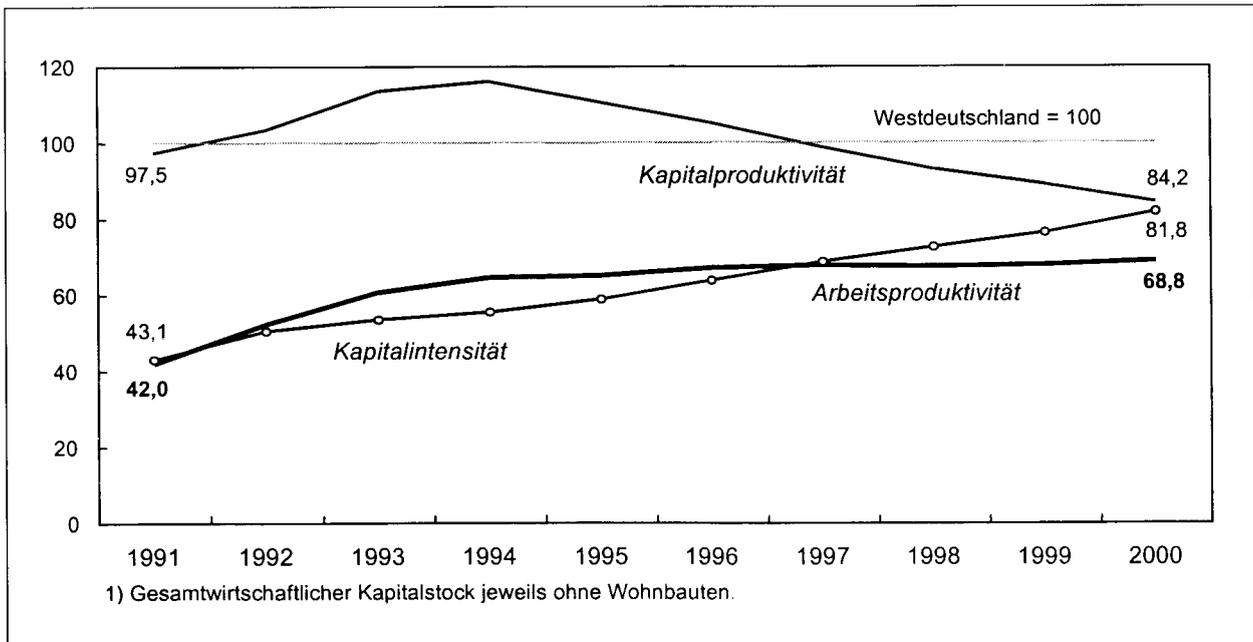
Kapitalstockwachstum in Ost- und Westdeutschland¹⁾
 – Veränderung gegenüber Vorjahr in % –



Quelle: ifo Investoren- und Anlagevermögensrechnung.

Abb. 14

Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie Kapitalintensität¹⁾
 – Ostdeutschland (einschl. Ost-Berlin) in % von Westdeutschland (einschl. West-Berlin) –



Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR der Länder, Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, ifo Investoren- und Anlagevermögensrechnung.

Jahren ist aber eine Trendwende zu beobachten, und derzeit melden die Betriebe der ostdeutschen Industrie einen um 3 % höheren Beschäftigtenstand als ein Jahr zuvor. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wird sich dieser positive Beschäftigungstrend in der ostdeutschen Industrie fortsetzen. Im Dienstleistungsbereich wurde die Beschäftigung seit 1992 ausgeweitet. Im Jahr 2000 waren in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) in diesem Sektor 16 % mehr Personen erwerbstätig als im Jahr 1991, der Anteil an

der gesamten Erwerbstätigenzahl erhöhte sich von 26,5 % auf 35,5 % (zum Vergleich Westdeutschland einschließlich Berlin 1991: 35,5 %, 2000: 40,4 %). Ganz anders war die Entwicklung im Baugewerbe: Nach einem kräftigen Anstieg der Erwerbstätigenzahl von 1991 bis 1995 (+51 %) ist sie in den letzten fünf Jahren um mehr als ein Viertel gesunken.

Willi Leibfritz, Wolfgang Nierhaus,
Wolfgang Meister

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND – Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

	2001 (1)	2001 (2)	2002 (2)	2001		2002 (2)	
				1. Hj (2)	2. Hj (2)	1. Hj	2. Hj
Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1,6	0,4	0,3	0,7	0,1	0,0	0,6
Arbeitszeit	-0,6	-0,6	-0,5	-0,6	-0,6	0,3	-1,2
Arbeits-tage 3)	-0,9	-0,3	0,0	-0,5	-0,1	-0,7	0,7
Arbeitsvolumen	0,0	-0,5	-0,2	-0,3	-0,7	-0,4	0,0
Produktivität 4)	2,9	1,7	2,4	1,6	1,9	2,1	2,7
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	3,0	1,2	2,2	1,3	1,2	1,7	2,7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	3059,4	3146,0	3248,3	1525,3	1620,7	1576,2	1672,1
Private Konsumausgaben 5)	2309,1	2381,4	2469,9	1160,4	1220,9	1204,5	1265,4
Konsumausgaben des Staates	750,3	764,6	778,5	364,9	399,7	371,7	406,7
Anlageinvestitionen	850,7	852,5	879,2	405,9	446,6	418,6	460,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	384,4	402,1	428,1	192,2	210,0	200,8	227,3
Bauten	466,3	450,4	451,1	213,7	236,6	217,8	233,3
Vorratsveränderungen 6)	50,7	58,0	67,0	46,5	11,5	48,5	18,5
Inländische Verwendung	3960,8	4056,5	4194,5	1977,7	2078,8	2043,3	2151,2
Außenbeitrag	15,3	20,2	22,9	15,2	5,0	9,6	13,3
Exporte	1326,2	1423,1	1537,1	701,0	722,1	745,2	791,9
Importe	1310,9	1402,9	1514,2	685,8	717,1	735,6	778,6
Bruttoinlandsprodukt	3976,1	4076,6	4217,4	1992,9	2083,7	2052,9	2164,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,7	2,8	3,3	2,5	3,1	3,3	3,2
Private Konsumausgaben 5)	3,0	3,1	3,7	2,8	3,5	3,8	3,6
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,9	1,8	1,9	2,0	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,9	0,2	3,1	-1,0	1,3	3,1	3,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,2	4,6	6,5	5,8	3,5	4,5	8,2
Bauten	-1,8	-3,4	0,2	-6,4	-0,6	1,9	-1,4
Inländische Verwendung	3,2	2,4	3,4	2,4	2,4	3,3	3,5
Exporte	16,2	7,3	8,0	10,1	4,7	6,3	9,7
Importe	18,7	7,0	7,9	10,7	3,8	7,3	8,6
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,5	3,5	2,3	2,8	3,0	3,9

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2882,0	2908,5	2958,5	1428,3	1480,2	1450,9	1507,5
Private Konsumausgaben 5)	2165,3	2186,1	2229,6	1070,7	1115,4	1090,6	1139,0
Konsumausgaben des Staates	716,7	722,4	728,9	357,6	364,8	360,3	368,6
Anlageinvestitionen	859,0	858,2	879,0	408,8	449,4	419,4	459,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	389,3	406,9	431,4	194,3	212,6	202,5	228,9
Bauten	469,7	451,3	447,6	214,6	236,8	216,9	230,7
Vorratsveränderungen 6)	30,3	34,2	42,6	30,1	4,1	31,8	10,9
Inländische Verwendung	3771,3	3800,9	3880,1	1867,2	1933,8	1902,1	1978,1
Außenbeitrag	69,6	87,6	94,2	47,2	40,4	44,3	49,9
Exporte	1283,7	1349,1	1435,6	669,5	679,6	700,5	735,2
Importe	1214,1	1261,5	1341,4	622,3	639,2	656,2	685,2
Bruttoinlandsprodukt	3840,8	3888,5	3974,3	1914,4	1974,2	1946,4	2028,0
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3815,5	3866,5	3954,3	1907,9	1958,7	1940,9	2013,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	0,9	1,7	0,5	1,3	1,6	1,8
Private Konsumausgaben 5)	1,6	1,0	2,0	0,5	1,4	1,9	2,1
Konsumausgaben des Staates	1,4	0,8	0,9	0,5	1,1	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	2,4	-0,1	2,4	-1,2	1,0	2,6	2,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,0	4,5	6,0	5,8	3,4	4,2	7,7
Bauten	-2,5	-3,9	-0,8	-6,8	-1,1	1,1	-2,6
Inländische Verwendung	2,0	0,8	2,1	0,7	0,9	1,9	2,3
Exporte	13,2	5,1	6,4	7,6	2,7	4,6	8,2
Importe	10,2	3,9	6,3	6,2	1,8	5,4	7,2
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,2	2,2	1,3	1,2	1,7	2,7
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3,0	1,3	2,3	1,4	1,3	1,7	2,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2001 (2)	2002 (2)	2001		2002 (2)	
				1. Hj (2)	2. Hj (2)	1. Hj	2. Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,2	1,9	1,5	2,0	1,8	1,7	1,3
Private Konsumausgaben 5)	1,4	2,2	1,7	2,2	2,1	1,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	1,1	0,9	1,4	0,8	1,1	0,7
Anlageinvestitionen	0,4	0,3	0,7	0,3	0,3	0,5	0,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,4	0,1	0,1	0,3	0,5
Bauten	0,7	0,5	1,0	0,4	0,6	0,8	1,2
Exporte	2,6	2,1	1,5	2,3	1,9	1,6	1,4
Importe	7,7	3,0	1,5	4,2	2,0	1,7	1,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	1,3	1,2	1,0	1,5	1,3	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2987,3	3051,4	3163,5	1489,6	1561,8	1539,1	1624,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	405,8	413,3	423,5	196,8	216,5	201,9	221,6
Bruttolöhne und -gehälter	1715,6	1761,9	1815,4	824,6	937,3	847,6	967,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	865,8	876,2	924,6	468,2	408,0	489,6	435,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	369,8	388,2	396,1	192,0	196,2	192,4	203,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3357,1	3439,7	3559,6	1681,7	1758,0	1731,5	1828,1
Abschreibungen	589,8	612,0	634,8	303,8	308,2	314,9	319,9
Bruttonationaleinkommen	3946,9	4051,6	4194,4	1985,4	2066,2	2046,4	2148,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2945,6	3014,1	3108,4	1469,6	1544,5	1508,0	1600,4
Arbeitnehmerentgelte	2121,5	2175,2	2238,9	1021,4	1153,8	1049,5	1189,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	824,1	838,9	869,4	448,2	390,7	458,5	411,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,1	2,1	3,7	2,2	2,1	3,3	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	1,8	2,5	1,8	1,9	2,6	2,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,3	2,7	3,0	2,8	2,6	2,8	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,2	2,7	1,9	2,5	2,8	2,7
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,9	3,5	2,4	3,0	3,9	2,3	2,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,4	1,2	5,5	1,3	1,1	4,6	6,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,2	5,0	2,0	2,2	7,8	0,2	3,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,5	2,5	3,5	2,2	2,7	3,0	4,0
Abschreibungen	3,4	3,8	3,7	3,8	3,7	3,7	3,8
Bruttonationaleinkommen	2,6	2,7	3,5	2,4	2,9	3,1	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,6	2,3	3,1	2,2	2,4	2,6	3,6
Arbeitnehmerentgelte	3,0	2,5	2,9	2,6	2,5	2,7	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,6	1,8	3,6	1,5	2,1	2,3	5,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd.DM

Masseneinkommen	1761,7	1824,5	1876,6	872,1	952,4	895,1	981,5
Nettolöhne und -gehälter	1101,2	1145,1	1176,0	533,1	611,9	545,6	630,4
Monetäre Sozialleistungen	794,3	816,0	839,8	406,4	409,7	418,4	421,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	133,7	136,6	139,1	67,4	69,2	69,0	70,2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	865,8	876,2	924,6	468,2	408,0	489,6	435,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-87,6	-69,3	-78,8	-35,4	-33,9	-35,0	-43,8
Verfügbares Einkommen	2539,9	2631,5	2722,4	1304,9	1326,5	1349,7	1372,8
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	19,4	20,0	21,5	9,3	10,8	9,8	11,7
Private Konsumausgaben 5)	2309,1	2381,4	2469,9	1160,4	1220,9	1204,5	1265,4
Sparen	250,3	270,1	274,0	153,8	116,3	155,0	119,1
Sparquote 7)	9,8	10,2	10,0	11,7	8,7	11,4	8,6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	3,6	2,9	3,5	3,7	2,6	3,1
Nettolöhne und -gehälter	3,7	4,0	2,7	3,9	4,0	2,3	3,0
Monetäre Sozialleistungen	1,5	2,7	2,9	2,6	2,9	3,0	2,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-3,4	2,1	1,9	1,8	2,5	2,4	1,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,4	1,2	5,5	1,3	1,1	4,6	6,6
Verfügbares Einkommen	2,9	3,6	3,5	3,3	3,9	3,4	3,5
Private Konsumausgaben 5)	3,0	3,1	3,7	2,8	3,5	3,8	3,6
Sparen	1,2	7,9	1,5	7,8	8,1	0,8	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2001 (2)	2002 (2)	2001		2002 (2)	
				1. Hj (2)	2. Hj (2)	1. Hj	2. Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd.DM							
Einnahmen							
Steuern	975,4	949,4	993,7	471,2	478,3	485,3	508,4
Sozialbeiträge	741,9	757,1	776,9	361,8	395,3	371,9	405,0
Vermögenseinkünfte	28,0	36,0	31,8	25,2	10,8	20,9	10,9
Sonstige Übertragungen	26,4	26,5	27,1	13,4	13,1	13,7	13,4
Vermögensübertragungen	16,0	16,3	16,9	8,5	7,8	8,5	8,4
Verkäufe	79,9	80,6	81,7	38,2	42,5	38,7	43,0
Sonstige Subventionen	2,0	1,9	1,9	0,8	1,2	0,7	1,2
Einnahmen insgesamt	1869,6	1868,0	1930,0	919,0	949,0	939,8	990,2
Ausgaben							
Vorleistungen	153,2	156,4	160,1	71,7	84,7	73,4	86,7
Arbeitnehmerentgelte	322,1	323,1	326,3	151,2	171,9	153,6	172,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	131,7	134,0	137,3	66,9	67,1	68,6	68,8
Subventionen	67,3	67,1	67,0	29,9	37,2	29,9	37,1
Monetäre Sozialleistungen	743,3	763,8	786,3	380,4	383,5	391,8	394,5
Soziale Sachleistungen	297,8	305,1	312,9	150,2	154,9	154,0	158,9
Sonstige Transfers	67,9	66,9	73,8	30,1	36,9	33,1	40,7
Vermögenstransfers	59,5	64,1	66,5	30,0	34,2	31,1	35,4
Bruttoinvestitionen	70,9	70,5	72,0	31,0	39,5	32,0	40,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern 8)	-102,2	-3,2	-3,3	-1,5	-1,7	-1,5	-1,8
Ausgaben insgesamt	1811,4	1948,0	1999,0	939,9	1008,1	966,0	1033,0
Finanzierungssaldo	58,3	-80,0	-69,0	-20,9	-59,1	-26,2	-42,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,2	-2,7	4,7	-1,4	-3,9	3,0	6,3
Sozialbeiträge	1,1	2,0	2,6	2,0	2,1	2,8	2,5
Vermögenseinkünfte	-14,2	28,4	-11,7	49,5	-3,3	-17,1	0,9
Sonstige Übertragungen	-6,3	0,4	2,0	0,7	0,1	2,2	1,8
Vermögensübertragungen	-5,7	1,7	3,7	0,8	2,8	0,6	7,0
Verkäufe	-0,5	1,0	1,4	1,0	1,0	1,4	1,3
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	2,2	-0,1	3,3	1,0	-1,1	2,3	4,3
Ausgaben							
Vorleistungen	2,4	2,1	2,4	1,7	2,4	2,3	2,4
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	0,3	1,0	1,2	-0,4	1,6	0,5
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-4,1	1,8	2,5	1,2	2,4	2,5	2,5
Subventionen	-0,5	-0,3	-0,2	0,2	-0,7	-0,1	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	1,6	2,8	3,0	2,6	2,9	3,0	2,9
Soziale Sachleistungen	2,8	2,5	2,6	2,4	2,5	2,5	2,6
Sonstige Transfers	7,7	-1,4	10,2	-1,1	-1,6	10,2	10,2
Vermögenstransfers	9,5	7,9	3,7	6,7	8,9	3,8	3,7
Bruttoinvestitionen	-0,8	-0,5	2,1	-0,6	-0,4	3,2	1,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	-3,9	7,5	2,6	2,0	13,3	2,8	2,5
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	1,5	-2,0	-1,6	-1,1	-2,8	-1,3	-2,0

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).
- 2) Prognose des ifo Instituts.
- 3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).
- 8) Im Jahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettozugang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM.